

**Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD
Arbeitskreis Umwelt Gronau (AKU)
Initiative für den sofortigen Atomausstieg - Sofa Münster
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)**

Pressekontakt:

Udo Buchholz, 02562-23125, AKU Gronau / BBU

Willi Hesters, 0151-15715780, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen

Peter Dickel, 0174 - 35 76 821, Koordinator der Kampagne „Atommüll-Alarm“ / Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD

Pressemitteilung 02.10.2014

Überall in Deutschland liegt Atommüll – Tatort auch in Gronau!

5. Oktober, 13.30 Uhr : Protestkundgebung im Rahmen der bundesweiten Atommüll-Alarm-Kampagne vor der Urananreicherungsanlage Gronau (Westfalen).

Im Rahmen der bundesweiten „Atommüll-Alarm-Kampagne“ rufen die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD, der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen für den kommenden Sonntag (5.10.) um 13.30 Uhr zur Teilnahme an einer Kundgebung am „Tatort Gronau“ am Haupttor der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA), Röntgenstraße 4, auf. Mit der Kundgebung unter dem Motto "Stoppt die Uranmüllproduktion" wollen Anti-Atomkraft-Organisationen gegen den Endlosbetrieb der UAA und die drohende Inbetriebnahme eines Uranmüll-Hallenlagers für 60.000 Tonnen Uranoxid, direkt neben der UAA, demonstrieren. Es wird u. a. einen Redebeitrag vom Koordinator der bundesweiten Atommüllkampagne Peter Dickel (Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD) geben. Dickel: „Am Tatort Gronau soll der Uranmüll als Wertstoff getarnt werden, um ihn dort unbefristet lagern zu können. Wer das zulässt muss wissen, dass er dort sehr, sehr lange bleiben wird. Sollte Schacht KONRAD in Salzgitter je in Betrieb gehen, könnten die Uranabfälle dort jedenfalls aus Sicherheitsgründen nicht eingelagert werden.“

Im Aufruf zur bundesweiten Atommüllkampagne heißt es: „Überall in Deutschland begegnet uns Atommüll. Unter fragwürdigen Bedingungen. Jeden Tag begegnen uns auf Straßen, Schienen und Wasserwegen Atomtransporte. Eine flächendeckende radioaktive Belastung, die nicht verschwindet.“ Und die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland betonen: „Wir alle sind betroffen. Dies gilt auch besonders im Münsterland mit seinen zahlreichen Nukleargefahren: Atomtransporte mit LKW und Sonderzügen, Atommüll-Lager in Ahaus, Atommülllagerung in Gronau.“ Das ist für das Aktionsbündnis Münsterland und weitere Organisationen nicht hinnehmbar!

Zum Atomausstieg muss auch die Stilllegung der Urananreicherungsanlage gehören!

„Wir wollen nicht, dass in Gronau neben der UAA mit dem Uranhexafluorid-Freilager jetzt auch noch ein oberirdisches Hallen-Dauerlager für Uranmüll in Betrieb geht. Zum Atomausstieg muss auch die Stilllegung der Urananreicherungsanlage gehören - nicht deren stetiger Ausbau“ erklärt Udo Buchholz, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und aktives Mitglied im Arbeitskreis Umwelt Gronau.

Eigentlich sollte die Uranlagerhalle nach den Plänen des Betreiberkonzerns Urenco bereits in Betrieb sein. Aber die Inbetriebnahme konnte bisher verhindert werden. Jetzt fordern rund 60 Anti-Atomkraft-Initiativen, Umweltverbände und Parteigliederungen gemeinsam die NRW-Landesregierung sowie die Bundesregierung auf, das erste unbefristete Atommüll-Zwischenlager Deutschlands für 60.000 Tonnen Uranoxid in Gronau nicht in Betrieb gehen zu lassen und die Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau sofort stillzulegen. Für den Fall, dass die NRW-Landesregierung die derzeit für 2015 geplante Inbetriebnahme der Uranmüllhalle genehmigt, kündigen die Anti-Atom-Initiativen in einem Aufruf zum "Tag X" weitere Proteste in Gronau an.

Verursacher dürfen nicht aus der Haftung für die Ewigkeitslasten des Atommülls entlassen werden!

Im Aufruf zur Teilnahme an der Kundgebung am Sonntag in Gronau werden weitere konkrete Forderungen an die NRW-Landesregierung bzw. an die Bundesregierung gerichtet: Alle Atomtransporte sollen verboten werden, und der gesamte Atommüll und die Zwischenlagerung sollen in ein umfassendes Konzept für den Umgang mit dem Atommüll einbezogen werden. Dieses Konzept muss dem Schutz vor radioaktiver Strahlung höchste Priorität geben. Die Verursacher dürfen nicht aus der Haftung für die Ewigkeitslasten des Atommülls entlassen werden. Und mit Blick auf die aktuelle Diskussion über die Zukunft des Jülicher und Ahauser Atommülls wird gefordert, den Export abgebrannter Brennelemente aus den Kugelhaufen-Reaktoren in Jülich und Hamm-Uentrop zu verbieten und kein weiteres Verschieben im Inland zuzulassen!

Weitere Informationen unter www.atommuell-alarm.info, www.urantransport.de, www.aku-gronau.de, www.bbu-online.de, www.sofa-ms.de.

